

Agrarausschuss informiert sich vor Ort

05.07.2024



Gespannte Vortragsatmosphäre (Foto: Landtag M-V)

Im Rahmen seiner 57. Sitzung am 3. Juli 2024 hat der Agrarausschuss eine Exkursion nach Vorpommern durchgeführt, um sich am Beispiel der Fischereigenossenschaft „Peenemünde“ Freest e.G. über die Situation der Küstenfischerei im Land zu informieren. Am Nachmittag hat der Ausschuss die Biologische Schutzstation des Vereins Jordsand auf der Greifswalder Oie besucht. Im Fokus standen die Aufgaben des Vereins, der Vertragsnaturschutz und die spezifischen Schutzziele besonders geschützter Arten.

Eingangs informierte der Geschäftsführer der Fischereigenossenschaft über die historische Entwicklung und Unterschiede der Kleinen Hochsee-, Kutter- und Küstenfischerei, verwendeten Fanggeräte sowie die genutzten Hauptfischarten (Hering, Dorsch, Flunder, Zander, Hecht und Aal). Fangmengenbeschränkungen und Vermarktungsprobleme hätten dazu geführt, dass viele

Fischer ihren Beruf aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben hätten. 2022 seien nur noch 586 Fischereifahrzeuge in der Haupt- und Nebenerwerbsfischerei vorhanden gewesen, wobei circa 1/3 der Fahrzeuge unter 8 Metern Länge gelegen habe. Seit der politischen Wende 1990 habe sich die Zahl der Haupt- und Nebenerwerbsfischer von rund 1.400 auf ca. 375 reduziert. Die landesweiten Fänge seien durch Quoten, Verluste von Fanggebieten durch anderweitige Flächennutzungen (z. B. Offshore, Schutzflächen) und weniger Fisch insgesamt auf 3.370 t (2021) zurückgegangen. 2020 habe der Vermarktungserlös bei nur noch 4,7 Mio. Euro gelegen. Insofern hätten sich Fischer in einem sehr schwierigen Marktumfeld neu zu orientieren. Kritisiert wurden auch die Auflagen der Europäischen Kommission für die Fischerei, die für Deutschland strenger als für Polen und die baltischen Staaten ausgefallen seien. Große Probleme bereiteten auch Kegelrobben und Kormorane als sog. Fischräuber. Weitere Einschränkungen der Fischerei beruhten auf marinen Bautätigkeiten, dem Wassertourismus, der zunehmenden Fischwilderei und dem Diebstahl von Fanggeräten. Im Ergebnis wurde konstatiert, dass der Beruf des Fischers zwar grundsätzlich schön sei, aber aufgrund des bürokratischen Aufwandes sowie der unzureichenden Erwerbsmöglichkeiten inzwischen unattraktiv geworden sei. Daher bleibe der Nachwuchs aus.

Nach einer ruhigen Seefahrt wurden die Ausschussmitglieder am Nachmittag von der Leiterin der Biologischen Schutzstation auf der Greifswalder Oie begrüßt. Bereits während der Überfahrt illustrierte der 2. Vorsitzende des Vereins Jordsand die Aufgaben und Probleme vor Ort. Die Greifswalder Oie sei eine 54 ha kleine Insel, die in der Pommerschen Bucht liege. Sie habe eine Länge von 1,5 km und sei zwischen 370 und 570 m breit. Die höchste Erhebung liege mit 17 m am Kliff auf der Ostseite der Insel. Die gesamte Insel sowie die umliegenden Flachwasserbereiche stünden unter Naturschutz. Aus Schutzgründen bestehe – mit Ausnahme des beschränkten Tagesverkehrs – ein grundsätzliches Betretungsverbot. Die Insel bestehe aus Waldbereichen, halboffenen Flächen, einem aktiven Kliff, einer Brackwasserlagune mit ausgedehnten Schilfbereichen sowie einem Strandabschnitt. Entsprechend dieser Lebensraumvielfalt beherberge die Insel eine große Anzahl von Tier- und Pflanzenarten. Zudem sei die Insel aufgrund ihrer Lage ein wichtiges Rastgebiet für Zugvögel. Daher betreibe der Verein in enger Zusammenarbeit mit der Beringungszentrale Hiddensee Deutschlands fangstärkste Vogelberingungsstation. Jährlich würden ca. 25.000 (vorrangig Sing-)Vögel mit speziellen Netzen gefangen, vermessen, beringt und wieder freigelassen. Zusätzlich fänden Beobachtungen des Vogelzuges, wöchentliche Wasservogelzählungen und weitere Monitoringprogramme statt, wie beispielsweise regelmäßige Kegelrobbenzählungen. Zusätzlich betreue der Verein den Nothafen der Insel, biete Vorträge und Führungen für Besucher an und pflege eine Herde Rauwolliger Pommerscher Landschaftsziegen, die zur Biotoppflege der Weideflächen auf der Insel gehalten würden. Sämtliche Aufgaben würden durch eine hauptamtliche Stationsleitung sowie ca. 50 freiwillige Helfer pro Jahr erfüllt. Probleme bereiten der bauliche und technische Zustand sowie die Ausstattung der Liegenschaft, die sich in Landesbesitz befindet.